

## Pressespiegel 2020

### Press Documentation 2020

Berichterstattung  
NOVOMATIC

Erstellt von  
Prepared by

Datum  
Date

**Konzernkommunikation**

13.07.2020 / KW 28

# Das geplante Steuer-Geschenk

Glücksspielgesetz. Entwurf 2019 aufgetaucht: Entlastung für Casinos und Lotto, Nachteile für Novomatic



ANDREA HODOSCHEK

## Wirtschaft von innen

Das Finanzministerium unter ÖVP-Minister Hartwig Löger hatte 2019 einen weiteren Entwurf zum Glücksspielgesetz ausgearbeitet. Das Papier aperte jetzt in Zusammenhang mit dem umfangreichen Strafverfahren in der Ibiza- und Casinos-Affäre aus.

Der Rohentwurf ist mit 29. April 2019 datiert und wurde nicht in Begutachtung geschickt. Im Gegensatz zum Entwurf 2018, der seit Wochen ein Thema im parlamentarischen U-Ausschuss ist, geht es in der neuen Fassung nicht mehr um die Liberalisierung des Glücksspielmarktes und um Konzessionen. Auch das IP-Blocking gegen illegale Online-Anbieter ist nicht mehr enthalten.

Im Zentrum stehen stattdessen steuerliche Aspekte. Wäre die Novelle wie geplant

umgesetzt worden, hätten die teilstaatlichen Casinos Austria (Casag) wieder einmal ziemlich Glück gehabt.

Vorgeschlagen wurde eine massive Steuersenkung für fast alle Produkte, die von der Casag ausgespielt werden. Dabei geht es um beträchtliche Summen, die sich die Casag auf Kosten der Steuerzahler erspart hätte. Die Gruppe ist einer der größten Steuerzahler des Landes und lieferte im Vorjahr 556 Millionen Euro an spielabhängigen Steuern ab.

So sollte die Abgabe auf die Cashcow-Tochter Lotto sowie für Toto und Zusatzspiel künftig nur noch 19 Prozent der Einsätze betragen.

Derzeit sind die ersten 400 Umsatzmillionen mit 18,5 Prozent besteuert. Für alle Einnahmen darüber hinaus sind 27,5 Prozent an den Fiskus abzuliefern. Die gesamten Lotto-Einsätze liegen in der Größenordnung von vier Milliarden Euro im Jahr.

Die Steuer auf sogenannten Sofortlotterien (Rubbellose etc.), bis dahin 17,5 Prozent, sollte auf zehn Prozent gesenkt werden. Ebenso für Zahlenlotto, Nummernlotterien, Bingo und Keno. Nur für



Bei Lotto wäre steuerlich noch einiges möglich gewesen

die im Konzern nicht maßgebliche Klassenlotterie waren zehn statt zwei Prozent Steuer vorgesehen.

### Zweite Steuersenkung

Für die 12 Inlandcasinos, die vor einem radikalen Sparprogramm und dem Abbau von 500 Mitarbeitern stehen, sollte die Spielbankabgabe von 30 Prozent ebenfalls deutlich reduziert werden. Und zwar auf 18 Prozent für Lebendspiel (Gaming mit Croupiers) und 25 Prozent für das Automatenspiel.

Die Casinos waren schon

einmal großzügig bedacht worden und konnten sich über eine Steuersenkung von 48 auf den in der EU unüblichen Satz von 30 Prozent freuen. Das war unter der rot-schwarzen Regierung gedacht als Ausgleich für mögliche Konkurrenz durch drei neue Konzessionen, die bis heute allerdings nach wie vor nicht ausgespielt sind.

Lobbying beherrschen die Casinos offenbar wesentlich besser als der langjährige Erzrivale Novomatic. Der KURIER berichtete über den Masterplan der Casinos. Wetten, die steuerlich nicht als Glücksspiel gelten, sollten nämlich saftig verteuert werden. Die Abgabe auf die Wetteinsätze wollte das Finanzministerium laut dem Entwurf von zwei auf vier Prozent verdoppeln. Das hätte Novomatic empfindlich getroffen.

### Ibiza kam dazwischen

Im Finanzministerium will man den Entwurf nicht kommentieren. Die Überlegungen seien auf Grund „des abrupten Regierungswechsels nicht weiter verfolgt worden, da die Expertenregierung keine neuen Gesetzesänderungen auf den Weg bringen wollte“, erklärt dazu Ministeriums-

sprecher Johannes Pasquali. Drei Wochen nach Erstellung des Entwurfs sprengte das Ibiza-Video die türkis-blaue Regierung.

Eine etwaige Benachteiligung einzelner Anbieter könne laut Pasquali „nicht nachvollzogen werden“, da auch die Casag Sportwetten anbieten. Stimmt schon, aber Novomatic ist mit der Tochter Admiral klarer Marktführer in Österreich, die Casag mit tipp3 weit abgeschlagen.

### Dinner in London

Wer gab eigentlich den Auftrag zum Entwurf 2019?

Es sei nicht unüblich, dass das Haus legislative Anpassungen ausarbeite, was im Glücksspielgesetz auch durch Marktveränderungen erforderlich sein könne, wie etwa bei extremer Zunahme von Wettereignissen. Also alles eine Eigeninitiative der Beamten?

Etwaige Steuersenkungen für Casinos und Lotterien seien nicht vorgesehen gewesen, meint der Sprecher. Steht aber explizit im Entwurf, der dem KURIER vorliegt.

Durchaus möglich, dass der Anstoß zum Steuerzuckerl im Februar 2019 bei einem Abendessen in London

erfolgte. Öffentlich bekannt wurde das Treffen des FPÖ-Staatssekretärs im Finanzministerium, Hubert Fuchs, mit Novomatic-Eigentümer Johann F. Graf auf der Glücksspielmesse ICE am Stand des Gamingkonzerns.

Casag-Generaldirektorin Bettina Glatz-Kremsner bestätigte jetzt bei ihrer Einvernahme bei der Staatsanwaltschaft als Zeugin, sie habe Fuchs angeboten, bei der Organisation eines Messebesuchs behilflich zu sein. Immerhin handelte es sich um die wichtigste Gaming-Messe in Europa, Novomatic war der größte Aussteller und damals ebenso wie die tschechische Sazka-Group maßgeblicher Casag-Aktionär. Beim Gespräch Fuchs-Graf war Glatz-Kremsner nicht da bei.

Am Abend zuvor stand ein Dinner im exklusiven China-Restaurant Hakkasan Mayfair (Spezialität Peking-Ente mit Kaviar) auf dem Reiseplan. Mit dabei der damalige Casag-Chef Alexander Labak, sowie Robert Chvatal, Vize-Aufsichtsratsvorsitzender und Chef der mit Novomatic bereits erbittert verfeindeten Sazka. Und der Staatssekretär.

andrea.hodoschek@kurier.at

„Profil“, 13.07.2020

## „Projekt Glücksspiel- Reform“

Das ÖVP-regierte Finanzministerium bereitete 2018 eine beispiellose Liberalisierung des Glücksspielmarktes vor.

Das Online-Monopol der Lotterien sollte fallen, das „kleine“ Automatenglücksspiel wieder bundesweit möglich sein, auch neue Casinos waren Teil der Planspiele.

Der Koalitionspartner FPÖ war lange nicht eingebunden.

Gab es einen Deal ÖVP-Novomatic?

VON STEFAN MELICHAR,  
MICHAEL NIKBACHSH UND  
JAKOB WINTER



HARTWIG LÖGER,  
HARALD NEUMANN  
„Zu keinem Zeitpunkt  
Gespräche mit  
Novomatic über  
Glücksspiellizenzen  
geführt.“

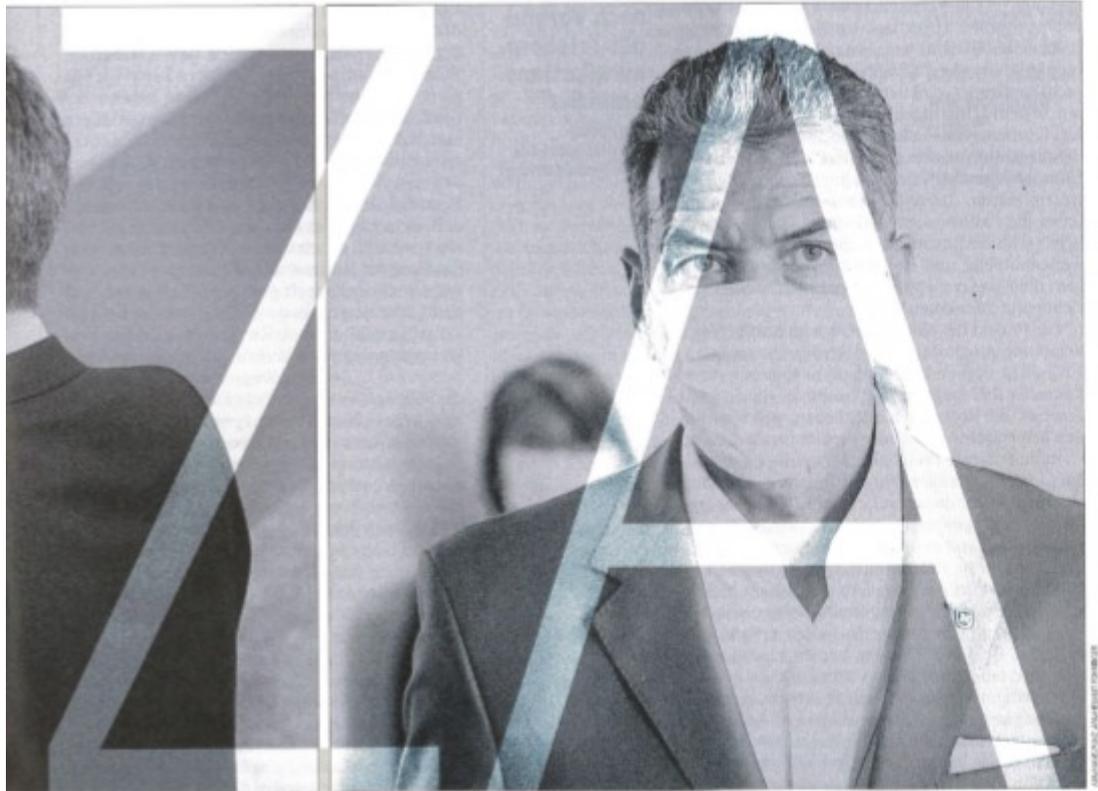
**G** ab es rund um die Bestellung von Peter Sidlo zum Vorstand der Casinos Austria AG (Casag) 2019 einen Deal FPÖ-Novomatic? Das ist eine der zentralen Fragen des laufenden Ibiza-Untersuchungsausschusses; eine Frage, die zugleich auch ein umfangreiches Ermittlungsverfahren der Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKSIA) bestimmt. Der Verdacht: Die damalige FPÖ-Spitze soll Novomatic substanzielle Versprechen im Hinblick auf eine begehrte Online-Glücksspiellizenz gemacht haben. Im Abtausch dafür soll Novomatic den blauen Protegé Sidlo im Vorstand der Casinos Austria installiert haben. Bewiesen ist das nicht, die involvierten Personen bestreiten das ausnahmslos. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Den Medienprofil „Der Standard“ und ORF-„ZIB 2“ liegt eine umfangreiche Dokumentation aus dem Inneren des Finanzministeriums (BMF) vor, die einen bisher nicht bekannten Strang der Geschichte erzählt – und dieser führt direkt zur ÖVP. BMF-interne E-Mails, Memos, Analysen und Positionspapiere decken den Zeitraum Frühjahr 2018 bis Februar 2019 ab. Der Inhalt ist brisant. Am 1. Juni 2018, also Monate, bevor Heinz-Christian Strache und der damalige Novomatic-Chef

Harald Neumann die Personalie Sidlo erstmals via WhatsApp beplauschten, war im ÖVP-regierten Finanzministerium das Projekt „Glücksspiel-Reform 2018“ angelaufen. Den Auftrag dazu hatte Finanzminister Hartwig Löger erteilt, der für die ÖVP in der Regierung saß. Der Koalitionspartner FPÖ war zu diesem Zeitpunkt nicht eingebunden.

Die Dokumente zeigen, dass Lögers Ressort mit Fortdauer des Projekts eine beispiellose Liberalisierung des Glücksspielmarktes vorbereitete. Erstens: Das „kleine“ Automatenglücksspiel, das derzeit nur in fünf Bundesländern zugelassen ist, sollte durch Vergabe sogenannter Bundeskonzessionen wieder landesweit möglich sein, auch in Wien. Zweitens: Das Online-Glücksspiel, auf welches die Lotterien mit „win2day“ ein Monopol haben, sollte für Mitbewerber geöffnet werden; das Ministerium erwog die „Versteigerung von Online-Glücksspielkonzessionen“. Drittens: Auch Konzessionen für neue, vollwertige Casinos waren Teil der Pläne.

Zufall oder nicht: Diese Vorhaben hätten Novomatic in die Karten gespielt. Dem Glücksspielkonzern wird seit Langem Interesse an einer österreichischen Online-Glücksspiellizenz nachgesagt; bis zur Verbannung des Automatenglücksspiels aus vier Bundesländern war dieses für Novomatic ein bedeutender Geschäftszweig



gewesen, vor allem in Wien. Dass Novomatic daneben auch Spielbanken in Österreich betreiben wollte, ist evident. In diesem Kontext ist auch eine Liste zu sehen, welche die Ermittler in der Gausa Casinos auf dem Mobiltelefon des früheren Novomatic-Chefs Harald Neumann sicherstellten. Darauf finden sich – bezogen auf das Jahr 2018 – unter anderem folgende Einträge: „Casag Anteil verkaufen ... (Online und Kasino Lizenz) ... Strategieänderung“ sowie „Österreich eine Kasinolizenz plus Online ... in Arbeit“. Auch für 2019 war der Punkt „Online Lizenz“ eingetragen.

Gab es womöglich einen Deal ÖVP-Novomatic – lange bevor die FPÖ involviert war? Novomatic-Anwalt Peter Zöchbauer verneint das auf Anfrage mit allem Nachdruck: „Es gab keinen wie auch immer gearteten Deal zwischen der Novomatic AG und der Politik. Die Novomatic AG hält fest, dass ihr weder die Reformpläne zum Glücksspielgesetz vorab bekannt waren, noch, dass ihr Lizenzen oder Vorteile versprochen worden sind.“

## Der Projektauftrag

Im Finanzressort wurde das Projekt von Lögers Kabinett (Kabinettschef: Thomas Schmid) und der zuständigen Glücksspielfachabteilung ab Juni 2018 vorangetrieben. Löger, der damals erst seit einem halben Jahr im Amt war, installierte zwei Projektmanager aus der Fachabteilung und ließ einen sechsköpfigen Projektleitungsausschuss einrichten. In dem achtseitigen „Projektauftrag“ des Ministers wurden auch maßgebliche „Projektumwelten“ definiert, die von den geplanten, weit reichenden Umwälzungen des Glücksspielmarktes betroffen gewesen wären. Darunter: „Bundeskonzessionäre“ (etwa die Casinos-Austria-Gruppe), „Landesbewilligte“ (etwa die Novomatic-Tochter Admiral), „Sportwettenanbieter und -vermittler“, „Landesregierungen“, die Finanzverwaltung, diverse Ministerien, Gerichte und Bezirksbehörden.

Das Projekt lief zwar vorgeblich im Rahmen des Regierungsprogramms der türkis-blauen Koalition 2017–2022, darin war allerdings nur vage von einer „Kompetenzvereinbarung im Rahmen des Glücksspielgesetzes“ die Rede. Die tatsächlichen, weit reichenden Reformpläne wurden erst später verschriftlicht.

In dem Papier findet sich kein Hinweis darauf, dass FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs oder einer seiner Mitarbeiter Anfang Juni 2018 in das Projekt involviert gewesen waren. Beamten des Finanzministeriums war es damals per Weisung verboten, direkt mit Fuchs zu kommunizieren (profil berichtete). Fuchs dürfte erst im Jänner 2019, ein halbes Jahr nach Projektstart, eingeweiht worden sein.

Im Kern ging es bei der geplanten Reform um zweierlei: Geld und Einfluss. Der Bund wollte die zersplitterten Kompetenzen im Glücksspiel- und Sportwettenmarkt an sich ziehen: „Übertragung der Zuständigkeiten für Landesbewilligungen betreffend Glücksspielautomaten an den Bund“, wie es hieß. Derzeit ist das kleine Glücksspiel, also die Bewilligung von klassischen Automatensalons, Sache der

Länder. In Wien, Salzburg, Tirol und Vorarlberg gilt ein Totalverbot. Insbesondere das Ende der Automatensalons in Wien mit Anfang 2015 war schmerzhaft für die Novomatic: Branchenkenner schätzen, dass dem Konzern seither jährlich etwa 100 Millionen Euro an Bruttospielerträgen entgingen.

Um die neuen Zuständigkeiten im Glücksspiel- und Wettsektor zu verwalten, sah das Projekt weiter vor, im Finanzamt für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel ein „Competence-Center Glücksspiel“ einzurichten. Den Bundesländern sollte der Entzug der Kompetenz für die Landesglücksspielautomaten und Wettlokale offenbar durch „Ausgleichszahlungen für reduzierte oder entfallene Landesabgaben“ schmackhaft gemacht werden.

## Der Geldregen

Das kühne Reformprojekt war also im Juni 2018 angestoßen worden – und sollte sich in den folgenden Monaten prächtig entwickeln. Ende Oktober 2018 lag Lögers Kabinett ein „Positionspapier“ vor. Dieses wurde bereits im November 2018 in ein Konzept für eine „Steuerentlastungsreform“ integriert. Dieses Dokument, das profil vorliegt, zeichnet sich zunächst dadurch aus, dass darin entgegen der Überschrift keine einzige Steuerentlastung zu finden ist. Doch auch der Untertitel „Arbeitspaket: Kundenservice“ lässt nicht erahnen, dass – fast schon verschämt – im sechsten und letzten Kapitel des Papiers die potenziell weitreichendste Reform des Glücksspiels in Österreich seit Menschengedenken skizziert ist. Unter der Kapitelüberschrift „Glücksspielregulierung NEU – Zukunftsmodell 2020“ werden gleich mehrere Vorhaben zusammengefasst. Herzstück der Überlegungen war ein „5-Säulen-Modell“, demzufolge es zwar weiterhin nur eine Lotteriekonzession geben sollte. Anders als bisher wäre das Monopol auf das Online-Glücksspiel daran aber nicht mehr gekoppelt gewesen. Hier sollten vielmehr „Bundeskonzessionen begrenzt nach Bevölkerungsanzahl“ zur Auktion gelangen. „Denkbar sind Versteigerungen nach Vorbild des Telekommunikationsbereichs ... : aktuelle Vergabe der 5G-Frequenzen; die 3G-Frequenz-Vergabe 2013 brachte 2 Mrd. Einnahmen, wobei hier den hohen Einmaleinnahmen keine laufenden Konzessionsabgaben gegenüberstehen.“

Man hörte es also – zumindest auf Beamtenebene – schon im Steuerbeutel klingeln. Im Papier heißt es: „Nach einer Grobschätzung könnten alle Maßnahmen mittelfristig 120 Mio/Jahr zusätzlichen Abgabenertrag bringen.“ Allerdings hätte das Online-Glücksspiel, das hier besonders nachhaltig reformiert werden sollte, nur 30 der 120 Millionen Euro zum erhofften Geldregen aus verschiedenen Maßnahmen beigetragen.

Grundsätzlich erhoffte man sich den Gewinn für die Staatskasse aus Umsatzverlagerungen von illegalen zu legalen Online-Anbietern. Im Papier heißt es: „Das Ziel ist es, nach Ablauf der bestehenden Lotteriekonzession eine moderate Öffnung des Online-Glücksspielmarktes und eine hohe Kanalisierungsquote von illegalem zu legalen Glücksspiel zu bewirken.“

**„Denkbar sind Versteigerungen nach Vorbild des Telekommunikationsbereichs“**

**Aus einem Arbeitspapier des Finanzministeriums**

*Zusätzliche legale Anbieter in Österreich bilden die starke Angebotsseite ab und ermöglichen einen streng regulierten und beaufsichtigten legalen Markt, der sich an der Nachfrage orientiert.* Von der Reform betroffenen, wären unter anderem Anbieter von Online-Glücksspielen im internationalen Umfeld (globale Big Player), die derzeit nicht legal anbieten dürfen.

Unabhängig davon bekam Hartwig Löger Ende Jänner 2019 von seinen Beamten auch einen „Informationsbericht“ vorgelegt, in welchem die Zukunft der drei offenen Kasino-Konzessionen behandelt wurde. Die Casinos Austria sind bis heute alleiniger Betreiber vollwertiger Spielbanken, sie verfügen über landesweit zwölf Lizenzen. 2014 hatte der Bund allerdings drei neue Konzessionen vergeben: zwei an Novomatic, eine an das schweizerisch-deutsche Gauselmann-Konsortium. Die Casag war damals leer ausgegangen und hatte das Bundesverwaltungsgericht angerufen, das die Vergabe wegen mangelnder Transparenz schließlich kippte. „Neuzeitliche Ausschreibung aller 15 Spielbankkonzessionen für die neue planmäßige Konzessionsperiode ab 2027 bzw. 2030“, empfahl die Fachabteilung dem Minister. In einer anderen BMF-Unterlage ist davon die Rede, dass von einer „zusätzlichen Spielbank an bestem Standort“ zusätzliche Abgaben von 15 bis 20 Millionen Euro zu erwarten seien.

## Zwischen zwei Stühlen

Die Vorgänge im Finanzministerium ab dem Frühsommer 2018 sind auch im Kontext des damals ausgebrochenen Konflikts zwischen der Republik und der tschechischen Sazka Group um Posten und Pouvoirs in der Casinos Austria AG zu sehen. Bund und Sazka hielten damals bei jeweils rund einem Drittel der Casag-Anteile. Der dritte große Aktionär war Novomatic mit rund 17 Prozent – und damit gleichsam das Zünglein an der Waage. Was die Sache zusätzlich komplizierte: Sazka und Novomatic hatten ihre Stimmrechte vertraglich aneinandergebunden; zusammen hatten sie damit bereits die Mehrheit bei der Casag.

Dem Rechercheverbund liegt unter anderem das Protokoll einer Sitzung im Finanzministerium vom 3. Mai 2018 vor, an welcher Lögers Kabinettschef Schmid, Novomatic-Chef Neumann und Sazka-Vertreter Stepan Dlouhy teilnahmen. Der Ton war offenbar recht frostig. Sazka bestand darauf, die volle Kontrolle über die Casag zu erlangen, und berief sich auf Zusagen der vorangegangenen Bundesregierung. „Neue Regierung, neue Meinungen“, replizierte Schmid und führte aus, dass sich die nunmehrige Bundesregierung an ein allfälliges „Commitment“ der vorangegangenen nicht gebunden fühle und nun ihrerseits die Kontrolle über die Casag beanspruche. „Das heißt, dass die Interessen von Sazka und Finanzministerium in direktem Widerspruch zueinander stehen“, sagte Dlouhy, der daraufhin drohte, bei der bevorstehenden Casag-Hauptversammlung die Macht im Aufsichtsrat zu übernehmen (mit der Hilfe von Novomatic). Hier schaltete

sich erstmals Neumann ein und stellte sich auf Schmid Seite. Novomatic werde das Vorhaben der Tschechen ungachtet des „Shareholder Agreement“ keinesfalls unterstützen, da dies die Casinos Austria „schädigen“ würde.

Im Rahmen einer internen Befragung erklärte Neumann den Kern der Auseinandersetzung später so: Sazka habe vom früheren Finanzminister Hans Jörg Schelling die Zusage gehabt, rund 13 Prozent der Casag-Anteile aus dem Bundesbesitz zu erwerben, um so die Casinos-Gruppe mehrheitlich kontrollieren zu können. Die folgende Bundesregierung habe sich daran nicht mehr gebunden gefühlt, „womit Sazka offenkundig nicht gerechnet hatte“, so Neumann. Auf Anfrage bestreitet das Schelling erbot: „Es gab nie eine Zusage. Ich kann die Aussagen von Neumann in keiner Weise nachvollziehen.“ Sazka habe zwar von Anfang an gesagt, „dass sie die Mehrheit wollen. Wir wollten immer einen österreichischen Kernaktionär.“ Der frühere Finanzminister will nun „rechtliche Schritte“ gegen Neumann prüfen.

Auf jeden Fall war das Finanzministerium als Casinos-Eigentümerversorger auch auf das Wohlwollen von Novomatic angewiesen, um den politisch gewünschten Einfluss auf die Casinos Austria AG durchzusetzen.

„Es gab weder mit der FPÖ noch mit ÖVP einen wie auch immer gearteten Deal, der Vorteile im Bereich des Glücksspielrechts hätte bringen sollen“, schreibt Neumanns Anwalt Norbert Wess auf Anfrage. „Mag. Neumann hat die derzeit bestehende, in vielerlei Hinsicht problematische Rechtslage wiederholt thematisiert, das war auch seine Aufgabe als Generaldirektor der Novomatic AG. Diese Interessensvertretung, auch Politikern oder Amtsträgern gegenüber, hat Mag. Neumann nie mit einer ‚Gegenleistung‘ oder sonst einer ‚Vorteilsgewährung‘ verknüpft. Auch wurden der Novomatic AG keine Änderungen im Glücksspielrecht oder gar eine ‚Ausschreibung neuer Lizenzen‘, etwa im Gegenzug einer Unterstützung im Casag-Aktionärsstreit, versprochen.“ Werner Suppan, Anwalt von Ex-Minister Löger, teilt mit: „Mein Mandant hat zu keinem Zeitpunkt Gespräche oder Verhandlungen mit der Novomatic oder deren Vertretern über Online- oder allgemeine Glücksspiel-lizenzen geführt und hatte während seiner gesamten Zeit als Finanzminister auch keine Wahrnehmungen über Gespräche anderer Personen mit der Novomatic oder deren Vertretern zu diesem Thema.“ Löger habe sich nichts vorzuwerfen.

Der angekündigte Umsturz im Casinos-Aufsichtsrat blieb aus, weil Novomatic sich bei einer Hauptversammlung – zugunsten der Republik – gegen Sazka stellte. Das Kontrollgremium wurde 2018 sanft umgebaut, 2019 dann auch der Vorstand: Die Finanzdirektorin und einstige ÖVP-Vizeparteibefragte Bettina Glatz-Kremsner avancierte zur Generaldirektorin, ergänzt durch Sazka-Mann Martin Skopek und den (wenig später geschassten) Peter Sidlo.

Das Glücksspielgesetz ist bis heute nicht reformiert worden. Die Kontrolle über die Casinos Austria hat die Republik endgültig verloren. Ende des Vorjahres verkaufte Novomatic die Casag-Anteile an Sazka. ■

**„Es gab nie eine Zusage. Ich kann die Aussagen von Neumann in keiner Weise nachvollziehen.“**

**Hans Jörg Schelling,  
Finanzminister a. D.**

„OÖN“, 13.07.2020



Justizministerin Alma Zadic hatte bereits ihren Auftritt im Untersuchungsausschuss, Noch-Sektionschef Christian Pilnacek folgt am Mittwoch

Foto: APA

# Sommerfinale im Ibiza-Ausschuss: Der Streit der Justizbehörden

Opposition sieht Justiz-Sektionschef Pilnacek als Teil eines „türkisen Netzwerks“

**WIEN.** Am Mittwoch und Donnerstag treten die Mitglieder des Ibiza-Untersuchungsausschusses zum letzten Mal zusammen, ehe man bis 9. September in die Sommerpause geht. Im Zentrum steht der Streit der Justizbehörden, der spätestens mit dem Auffinden des kompletten Ibiza-Videomaterials öffentlich geworden ist.

Am 20. April ist es der „Soko Tape“ (auch: Soko Ibiza) bei einer Hausdurchsuchung in Wiener Neustadt gelungen, das achtstündige Bild- und Audiomaterial samt diverser Beweisstücke sicherzustellen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), die im wesentlichen prüft, was von Heinz-Christian Straches Ankündigungen in der Videofalle eventuell später umgesetzt worden ist, hat erst Ende Mai via Medien von dem Großfund erfahren.

Im U-Ausschuss sollen WKStA-Staatsanwälte Gregor Adamovic und Christian Jilek die Gelegenheit bekommen, diese „Brückierung“ (SPÖ, Neos) zu erklären. Soko-Chefermittler Andreas Holzer muss erklären, warum er das Videomaterial nicht an die WKStA, dafür aber prompt an die Staats-

anwaltschaft Wien, deren Leiterin Maria-Luise Nittel ebenfalls geladen ist, geliefert hat. Nittels Behörde ist damit befasst, die Hintermänner der Videofalle auszuforschen und deren Motive strafrechtlich zu prüfen. Holzers bisheriges Argument: Man sehe sich verpflichtet, Ermittlungsmaterial an eine Staatsanwaltschaft weiterzugeben, und gehe davon aus, dass von dort aus auch an andere relevante Behörden weitergege-

ben werde. Bei SPÖ, Neos und teilweise FPÖ zeichnet man ein anderes Bild: Das VP-geführte Innenministerium (Soko Tape) habe kein Interesse, dass in der Ibiza-Affäre bis hin zur Causa Casinos allzu viele Querverbindungen in die eigenen Reihen erzeugt werden. Noch dazu, wo Kanzler Sebastian Kurz (Stichwort: rote Netzwerke) bereits sein Misstrauen im Bezug auf die Überparteilichkeit der WKStA zum Ausdruck gebracht

haben soll. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung sieht die Opposition Christian Pilnacek, der am Mittwoch als Zeuge auftritt. Der Strafrechtssektionschef gilt wie der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, als Kritiker der WKStA. Fuchs ist ebenfalls Zeuge. Neos-Fraktionschefin Stephanie Krisper zählt Pilnacek und Fuchs zum „türkisen Netzwerk“ im Justiz- und Innenministerium.

## NEOS ZEIGEN THOMAS SCHMID AN

Die Neos haben bei der Staatsanwaltschaft eine Sachverhaltsdarstellung wegen Falschaussage vor dem U-Ausschuss gegen Öbag-Chef **Thomas Schmid** eingebracht. Schmid habe unter Wahrheitspflicht erklärt, dass Ex-Finanzstaatssekretär **Hubert Fuchs** (FP) in alle Glücksspielagenden der türkis-blauen Koalition eingebunden gewesen sei. Dem habe Fuchs bereits im Ausschuss vehement widersprochen, so **Stephanie Krisper**. Die Neos-Fraktionschefin bezieht

sich auf Meldungen, wonach das VP-regierte Finanzressort bereits 2018 an massiven Glücksspielliberalisierungen zugunsten von Novomatic gearbeitet habe, „also lange bevor es einen möglichen FP-Novomatic-Deal gegeben hat“. Für die ÖVP eine „peinliche Skandalisierungsshow“.

Rechnungshof-Präsidentin **Margit Kraker** trat in „profil“ für die Live-Übertragung des Ibiza-Ausschusses ein. Was alle Parteien außer die ÖVP befürworten.

## Der Streit um das Video

Wieder aufkochen sollte in dieser Woche der Streit um die Herausgabe des kompletten Ibiza-Videos an den U-Ausschuss. SPÖ, Neos und FPÖ werfen Justizministerin Alma Zadic (Grüne) „Zensur“ vor. Zadic will den Staatsanwälten die Entscheidung überlassen, wie viel vom Videomaterial als für den U-Ausschuss relevant an das Ministerium und von dort an das Parlament weitergeleitet wird.

Zadic stößt damit auch auf Unmut bei VP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl. Gerstl macht allerdings die WKStA für den Lieferverzug bei dem „zentralen Beweisstück“ verantwortlich. (luc)

► Ibiza-Ausschuss: Letzte Woche vor der Sommerpause ► Brisanz garantiert

# Die heiße Phase für Justitia

Noch zwei Tage im U-Ausschuss zur mutmaßlichen Korruption der türkis-blauen Regierung vor der Sommerpause. Mittwoch und Donnerstag wird der Kampf innerhalb der Justiz in der Wiener Hofburg aufgearbeitet. Derweil warten die Parlamentarier noch immer auf eine Version des Auslösers aller Untersuchungen.

Showdown im Ibiza-U-Ausschuss vor der Sommerpause in der Wiener Hofburg. Am Mittwoch und Donnerstag geht es um mutmaßliche Käuflichkeit von Türkis-Blau (Lizenzen für den teilstaatlichen Glücksspielkonzern Novomatic, im Gegenzug Gefälligkeiten für Politiker, so der Verdacht). Diese Woche gehört Justitia. Die Ärmste wurde zuletzt arg gebeutelt. Streit zwischen

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) und der Staatsanwaltschaft Wien (WKStA) und SOKO Tape/Ibiza auf der anderen Seite. Im Fokus steht am Mittwoch der mächtige Justizbeamte Christian Pilnacek. Leiter der Sektion Strafrecht, Generalsekretär. Er empfing die Beschuldigten, ÖVP-nahen Josef Pröll sowie Walter Rothensteiner (Novomatic-Aufsichtsräte).

Überdies wurde ein berichtspflichtiges Verfahren im Novomatic-Kontext unter Pilnacek eingestellt. Obwohl ein Schlüsselzeuge eine neuerliche Einvernahme gefordert hatte (die ihm zugestanden wäre), da er konkrete Beweismittel hätte vorlegen können (es ging u.a. um Bargeldzahlungen an Politiker). Der Zeuge würde jederzeit wieder aussagen, wie er der „Krone“ erzählt. „Pilnacek hat das Verfahren abgedreht“, sagt der Mann, der auch als Auskunftsperson im Ibiza-Ausschuss vorgesehen ist.

Christian Pilnacek, über dessen Schreibtisch alle

wichtigen Verfahren laufen, wehrt alle Vorwürfe von sich. Er erhält Schützenhilfe u.a. von den Leitern der SOKO Tape/Ibiza, die der „Krone“ sagen, dass man „stets sehr gut mit ihm zusammenarbeiten konnte“.

Weitere Auskunftspersonen diese Woche sind Johann Fuchs, Maria-Luisa Nittel (beide StA Wien), Christina Jilek und Gregor Adamovic (beide WKStA). Übrigens: Der Auslöser aller Aufregung, das Ibiza-Video, ist den Abgeordneten des Ausschusses noch immer nicht übermittelt worden. Es wird von den Ermittlern noch untersucht. Erich Vogt

„Der Standard“, 11.07.2020

## ÖVP-Ministerium plante ohne FPÖ Glücksspielreform

Branche sollte weitgehend  
liberalisiert werden

Wien – Das Finanzministerium plante in der türkis-blauen Koalition die umfassendste Liberalisierung in der Geschichte der heimischen Glücksspielbranche. Angedacht war die Versteigerung von Onlinelizenzen, eine bundesweite Regelung für das sogenannte kleine Glücksspiel sowie die Ausschreibung von drei Lizenzen für Casinos. Damit wäre das Monopol der teilstaatlichen Casinos Austria AG (Casag) stark aufgeweicht worden, was privaten Anbietern wie der Novomatic genützt hätte.

Bislang waren Ermittler davon ausgegangen, dass derartige Gesetzesänderungen zentraler Inhalt eines „Deals“ zwischen Novomatic und der FPÖ seien, die dafür Unterstützung für ihr Vereinsnetz und den Casag-Vorstandsposten für Peter Sidlo erhalten haben soll. Novomatic und FPÖ bestreiten das.

In die türkisen Glücksspielpläne wurde die FPÖ allerdings erst in einem sehr späten Stadium eingeweiht, als die Eckpfeiler des Gesetzes bereits formuliert waren. Die Novomatic bestreitet auch, einen Deal mit der ÖVP gehabt zu haben.

Der Anwalt des damaligen Finanzministers Hartwig Löger sagt, die Beamten hätten Details ohne Zutun des Ministers anhand des Regierungsprogramms ausgearbeitet. Dort ist nur von einer „Kompetenzvereinbarung“ in der Gesetzgebung zu lesen. Hintergrund der Novelle könnte auch der Eigentümerstreit rund um die Casag sein, wo der tschechische Konzern Sazka die Kontrolle übernehmen wollte. Die Republik wehrte sich mithilfe der Novomatic. Seite 2

# Türkiser Casino-Einsatz

Ermittler vermuten einen Deal zwischen FPÖ und Novomatic. Doch neue Dokumente zeigen, dass auch die ÖVP tief in der Casinos-Affäre steckt. Das türkische Finanzministerium plante ohne Einbindung des Koalitionspartners eine Liberalisierung der Glücksspielbranche.

RECHERCHE: Fabian Schmid

**D**as türkische Finanzministerium schmiedete ab dem Frühjahr 2018 Gesetzespläne für eine bislang beispiellose Liberalisierung der Glücksspielbranche in Österreich – und band die FPÖ in ihre Überlegungen erst sehr spät ein. Das zeigen bislang unbekannte Dokumente, die STANDARD, Profil und ORF-ZIB 2 vorliegen.

Die Geschichte hat zwei Stränge: Einer davon beruht auf Fakten, einer auf Indizien. Unbestreitbar ist, dass das Finanzministerium ab dem Sommer 2018 an einer Liberalisierung des Glücksspiels arbeitete. Obwohl der blaue Staatssekretär Herbert Fuchs als politisch zuständig galt, wurde sein Team außen vor gelassen. Erst 2019, als die Pläne schon fortgeschritten sind, wird das Staatssekretariat eingebunden. Das ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil schon im Frühjahr 2018 eine Glücksspielnovelle zurückgezogen wurde, weil sich die FPÖ nicht ausreichend informiert gefühlt hatte.



Als Finanzminister plante Hartwig Löger (ÖVP) offenbar eine Liberalisierung der Glücksspielbranche.

Foto: APA

Unklar ist, warum die türkische Ministeriumsspitze so gehandelt hat. Den Projektauftrag vergab offiziell der damalige Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), den „Projektlenkungsausschuss“ leitete der damalige ÖVP-nahe Sektionschef Eduard Müller. In Gespräche über die Zukunft der Casinos Austria AG (Casag) war Kabinettschef und Generalsekretär Thomas Schmid, jetzt als Öbag-Chef Eigentümervertreter bei der Casag, eingebunden. Er gilt als wichtiger türkischer Akteur hinter den Kulissen.

bringt den blauen Bezirksrat und Strache-Bekanntesten Peter Sidlo in den Vorstand der Casinos und unterstützt blaue Vereine, im Gegenzug gibt es Gesetzesänderungen. Beide bestreiten das, für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Nun tauchen aber genau diese Punkte in

suchtfördernd. Lögers Anwalt sagt auf Anfrage: Soweit die Beamten an Gesetzesänderungen gearbeitet hätten, sei dies in Umsetzung des Regierungsprogramms und ohne Lögers Zutun geschehen.

Löger ist Beschuldigter in den Casinos-Ermittlungen. Dort wurden auch die fürs



geknüpft. Auf Neumanns Handy fanden Ermittler folgende Notiz aus dem Jahr 2018: „Casag Anteil verkaufen (Online und Kasino Lizenz)“ und: „Österreich eine Kasinolizenz plus Online ... in Arbeit.“

Stichwort Casag: Hier könnte ein Motiv für die Gesetzespläne zu finden sein. Das Finanzministerium musste im Streit um die Kontrolle der Casinos Austria auf die Novomatic setzen. Das zeigt eine Besprechung vom 3. Mai 2018, die zwischen Schmid, Neumann und Sazka-Vertreter Stepan Dlouhy stattfand. Die Sazka, größter privater Aktionär der Casag, bestand darauf, dort das „Day-to-Day-Management“ zu leiten und die Kontrolle über den Konzern zu erlangen. Schmid replizierte, das Ministerium wolle ebenfalls Kontrolle. „Das heißt, dass die Interessen von Sazka und Finanzministerium in Widerspruch zueinander stehen“, so Dlouhy. Damit würden frühere Abmachungen gebrochen.

Schmid's Antwort: „Neue Regierung, neue Meinungen.“ Dann drohte Dlouhy, dass die Sazka die Kontrolle im Casag-Aufsichtsrat übernehmen werde – mit Schützenhilfe der Novomatic, mit der man ein „Shareholder Agreement“ habe. Hier schaltete sich erstmals Neumann ein: Wenn Sazka das wolle, wäre das ein „Bruch des Shareholder Agreement“, weil es der Casag schaden würde.

Dadurch kommt es zum Bruch zwischen den beiden größten privaten Casag-Eigentümern. Warum war die Sazka so wütend? In einem Interview für eine interne Untersuchung der Casinos-Affäre sagte Novoma-



Karel Komárek ist einer der reichsten Tschechen. Seine Sazka Group wollte die Kontrolle über die heimischen Casinos.

Foto: Imago

## „Kompetenzwirrwarr“

Was waren die Ziele des Finanzministeriums? Man wollte eine „Bereinigung der Kompetenzvielfalt“, Wettgebühren ins Glücksspielgesetz überführen und eine „Abklärung hinsichtlich der Ausschreibung der restlichen Spielbankkonzessionen“. Im November 2018 war die Projektgruppe schon weiter. Nun ist die Rede davon, dass es beim Online-Glücksspiel „Bundeskonzessionen“ – also mehr als eine Konzession – geben soll, die versteigert werden könnten. Auch beim „kleinen Glücksspiel“ sollte es Bundeskonzessionen geben. Beides sind Forderungen der Novomatic: Bis heute hält die Casag-Tochter Win2Day die einzige Online-Lizenz, als Casag-Miteigentümer darf die Novomatic Spiele dafür liefern. Eigene Angebote wären lukrativer. Das kleine Glücksspiel, ein Kerngeschäft der Novomatic, fällt hingegen in die Zuständigkeit der Länder. Deshalb wurden die berühmten Automatenlokale nach jahrelangem Streit in Wien verboten – ein herber Rückschlag für die Novomatic. Außerdem wurde überlegt, die verbliebenen drei Lizenzen für Casinos auszu-schreiben.

Ermittler vermuten eigentlich, dass genau diese drei Gesetzesänderungen Teil eines „Deals“ zwischen FPÖ und Novomatic gewesen sein könnten: Die Novomatic

bislang geheimen Gesetzesplänen eines türkischen Ministeriums auf. Die Beamten argumentieren in ihrem Entwurf, dass der Online-Markt von illegalen Anbietern dominiert werde. Mit der Novelle sollen die Einnahmen in den legalen Markt „kanalisiert“ werden. Das bedeutet erhöhte Steuereinnahmen. Auch die bundesweite Freigabe des kleinen Glücksspiels, also bestimmter Automaten, würde Geld bringen. Diese Form des Glücksspiels ist jedoch besonders



**Johann Graf ist einer der reichsten Österreicher. Seine Novomatic wurde zum Zünglein an der Waage im Casinos-Streit.**

Foto: APA/Herrgott/News

Glücksspiel zuständigen Beamten einvernommen. Sie betonten, dass es vor 2027 zu keiner Ausschreibung von Lizenzen gekommen wäre. Das Gesetz für die Zukunft der Branche hätte jedoch schon im Frühjahr 2019 beschlossen werden sollen.

## Ein Versprechen an Tschechien

Hat das türkise Finanzministerium die Novelle geschrieben, um mehr Steuereinnahmen zu erhalten – oder um sich die Novomatic gewogen zu machen? Ein handschriftlicher Zettel, der bei einem Novomatic-Manager beschlagnahmt wurde, zeigt, dass dieser über Preise für Online-Lizenzen und Spielbanken spekuliert hat. Bekannt ist außerdem, dass Schmid in seiner Zeit als Lögers Generalsekretär interne Dokumente an die Novomatic schickte. Löger sagt dazu, er habe nie mit der Novomatic über Lizenzen gesprochen.

Die Novomatic sagt über ihren Rechtsanwalt, dass ihr „weder die Reformpläne zum Glücksspielgesetz vorab bekannt waren noch ihr Lizenzen oder Vorteile versprochen worden sind“. Es habe keinen Deal mit der Politik gegeben. Auch der Anwalt des einstigen Novomatic-CEO Harald Neumann schlägt in diese Kerbe. Neumann habe zwar gegenüber Politikern Probleme im Glücksspielbereich thematisiert, was auch seine Aufgabe als Manager sei, etwaige Wünsche aber nie an Gegenleistungen

tic-Chef Neumann, der frühere Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) habe den Tschechen den Verkauf von 13 Prozent der Casag-Anteile versprochen. Damit hätte die Sazka die Kontrolle über die Casinos erlangt. Die türkise-blaue Regierung soll das abgesagt haben. Schelling bestreitet einen solchen Deal auf Anfrage vehement: „Es gab nie eine Zusage, ich kann die Aussagen von Neumann in keiner Weise nachvollziehen. Wir wollten immer einen österreichischen Kernaktionär.“ Er will nun rechtliche Schritte gegen Neumann prüfen. Lögers Anwalt sagt, diesem sei es in Gesprächen nur um den Erfolg der Casag und damit die Interessen der Republik gegangen.

Letzten Endes sah es trotz allem kurz nach Frieden in der Casag aus: Die Sazka blockierte den neuen, im Frühling 2019 bestellten Vorstand nicht. Dieser bestand aus Bettina Glatz-Kremsner, einst ÖVP-Vizeparteiobfrau, dem blauen Bezirksrat Sidlo und dem Sazka-Kandidaten Martin Skopek. Dann tauchte eine anonyme Anzeige auf; befeuert vom Ibiza-Video nahmen die Ermittlungen rasch an Fahrt auf. Dazu kam ein U-Ausschuss. Die Arbeiten am neuen Gesetz wurden mit dem Ende für Türkis-Blau offenbar eingestellt. Strahlender Sieger der Affäre: die tschechische Sazka. Vor drei Wochen übernahm sie endlich die gewünschte Mehrheit an der Casag. Verkäufer der Anteile: die Novomatic.

## Comeback auf leisen Sohlen

Der umstrittene Ex-FPÖ-Gemeinderat und -Casinos-Austria-Finanzvorstand **Peter Sidlo** hat still und heimlich sein ruhend gestelltes Mandat als Generalrat in der Nationalbank wieder angetreten

Von Günter Fritz

Im parlamentarischen Ibiza-U-Ausschuss stand Peter Sidlo vergangene Woche im Fokus: Der ehemalige FPÖ-Bezirksrat und Investmentmanager, der mithilfe von Casinos-Austria-Miteigentümer Novomatic zum Finanzvorstand des teilstaatlichen Glücksspielkonzerns wurde, sollte über mutmaßlichen Postenschacher Auskunft geben. Und darüber, was an den Vorwürfen dran ist, dass die FPÖ als Regierungspartei Novomatic im Gegenzug für seinen Job Glücksspiellizenzen zugesagt haben könnte.

Freilich: Da gegen ihn Ermittlungen in der Causa laufen, entschlug sich Sidlo des Öfteren, räumte aber ein, von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache persönlich bei seiner Bewerbung unterstützt worden zu sein. Absprachen habe es keine gegeben, so der wegen der Politaffäre um die Casinos und damit verbundener Negativpublity nach einem Dreivierteljahr Ende 2019 wieder abgelöste Ex-Finanzchef. Jetzt streitet er mit seinem vormaligen Arbeitgeber vor Gericht um 2,3 Millionen Euro offenes Gehalt.

### Bei Sitzungen mit dabei

Weniger im Rampenlicht agiert Sidlo indes an anderer Front – in der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). In deren Generalrat, sprich Aufsichtsrat, hat er seit 2018 Sitz und Stimme. Zum Zeitpunkt der heftigsten Turbulenzen um die Casinos hatte Sidlo auch bei der OeNB sein Mandat ruhend gestellt – und nachdem es um die Causa wieder etwas ruhiger wurde, sich wieder selbst in Dienst gestellt. Seit Dezember 2019 nimmt er wieder an den mo-

”

**Einen Generalrat abberufen kann nur die Bundesregierung“**

**Harald Mahrer**  
der Präsident des  
OeNB-Generalrats über das  
selbst verordnete Come-  
back von Peter Sidlo

natlichen Sitzungen des Generalrats teil, wie seitens der Bank bestätigt wird. Auch bei der jüngsten Sitzung, bei der die Strategie der Nationalbank für die kommenden fünf Jahre abgesegnet wurde, war Sidlo mit dabei.

Das selbst zugestandene Comeback steht ihm freilich zu; denn aus dem OeNB-Kontrollgremium fliegt jemand nur wegen „schwerer Verfehlungen“. Und die hat Sidlo trotz des Skandals um die Casinos nicht begangen. „Einen Generalrat abberufen kann nur die Bundesregierung“, sagt dazu auch der Präsident des Generalrats, Harald Mahrer, der bei Sidlos Nationalbank-Aktivitäten keine besonderen Auffälligkeiten feststellen kann: „Er stellt im Generalrat im Rahmen seiner Aufsichtsrolle genauso kritische Frage wie die anderen Mitglieder und bringt sich genauso ein.“

Reich wird Sidlo von seinem OeNB-Job aber nicht: Das Sitzungsgeld in Höhe von je 250 Euro, das den acht Generalräten pro Treffen (rund zehn Mal pro Jahr) zusteht, wird laut Beschluss nicht ausbezahlt, sondern gespendet. Aber Sidlo geht es dabei wohl auch weniger ums Bare als um die Kontakte und darum, sich im Spiel zu halten. Immerhin habe er, wie er sagte, vom offenen Casinos-Job, erstmals von Generalratsmitglied Bettina Glatz-Kremsner, der jetzigen Casinos-Chefin, erfahren. Und mit der prozessiert der Ex-Finanzchef nun ums Geld: Die Casinos sehen keine Ansprüche Sidlos und fordern ihrerseits 22.000 Euro von ihm. Wie lange der Prozess dauert, ist offen: Der erste Termin am Wiener Handelsgericht am 8. Mai musste coronabedingt abgesagt werden, mittlerweile ist auch der zuständige Richter weg, weil dieser zum Oberlandesgericht wechselte.

### Sparkurs bei den Casinos

Glatz-Kremsner hat derzeit freilich ganz andere Sorgen: Die Casinos Austria müssen wegen Ein-

bußen aufgrund von Corona 40 Millionen Euro Personal- und Sachkosten einsparen. 500 von 1.700 Jobs werden gestrichen; die zwölf Inlandsstandorte bleiben nur, wenn das vom Aufsichtsrat beschlossene Sparpaket erfolgreich umgesetzt wird. Einzelne Standorte werden redimensioniert; der gesamte Konzern soll neu organisiert und effizienter werden. Unter diesen Umständen hätte Sidlo, dessen Job-Qualifikationen höchst umstritten waren, wohl so oder so gehen müssen. ☞

**STILLES COMEBACK.**  
FPÖ-Protegé und  
Ex-Casinos-  
Finanzvorstand Peter  
Sidlo ist wieder in der  
Nationalbank aktiv

Foto: Georges Schneider / picturedesk.com



Ausschuss-Ritual:  
Parlamentsmitarbeiter liefern die  
Akten aus der Registratur

## Wer den U-Ausschuss am Laufen hält

Dreizehn Abgeordnete, eine Million Aktenseiten und ein „Ibiza-Video“: Im U-Ausschuss werden **Postenschacher** und Korruption untersucht. Ein Blick hinter die Kulissen

Von Renate Kromp

Am Ende eines langen Tages im Ibiza-Ausschuss bleiben manchmal ausgerechnet jene Dinge in Erinnerung, die so nicht vorgesehen waren. Ein entnervtes Schimpfen von Stephanie Krisper (Neos) beispielsweise, das publik wurde, weil ihr Mikro noch eingeschaltet war. Sogar die Parlamentsstenografen wurden bemüht, um zu klären, dass Krispers Ausbruch die Situation insgesamt betraf und sich nicht allein auf die Verfahrensrichterin bezog, die danach zurücktrat. Aber immerhin: Damit wurde eine Berufsgruppe kurz ins Rampenlicht gehievt, die sonst im Hintergrund essenzielle Arbeit leistet. Wenn vom Bundeskanzler abwärts „Auskunftspersonen“ vor dem

U-Ausschuss anmarschieren, arbeiten rund 50 Leute aus der Verwaltung des Hohen Hauses im Hintergrund, schildert Heidi Neuhauser, die Leiterin der Ausschussabteilung des Parlaments.

Was passiert also, sobald der Nationalrat einen Untersuchungsausschuss beschließt? „Dann bricht kurz einmal Panik aus“, scherzt Neuhauser, wobei Routine und Sachkenntnis am Ende natürlich überwiegen. Ihrer Abteilung obliegt es unter anderem, per RSb-Brief die zuständigen Stellen zur Aktenanlieferung aufzufordern. Es wird das Ausschusslokal festgelegt und mit den Fraktionen die Sitzordnung besprochen. „Wenn alle in der ersten Reihe sitzen wollen, dann stellen wir die

Tische eben so auf.“ Experten des Innenministeriums sorgen dafür, dass der Raum abhörgeschützt ist. Die Mitarbeiter ihrer Abteilung unterstützen an den Ausschusstagen den Vorsitzenden – und sie sind auch noch für die „Corona-gerechte“ Verpflegung der Anwesenden zuständig.

Für den Ibiza-Untersuchungsausschuss wurden rund eine Million Aktenseiten angeliefert, erklärt Neuhauser. Deren Geheimhaltung ist in vier Stufen klassifiziert. Bis Stufe eins (und das sind bei „Ibiza“ 80 Prozent) können die Akten online durchgeackert werden. Stufe zwei kann händisch durchgeblättert und in der Aktenregistratur kopiert werden, Beratungen darüber sind nicht medienöffentlich. Bei Stufe drei



Florian Peschl, Hermann Dummer  
und Farl Ramlic betreuen den  
U-Ausschuss für die Neos

stehen die Akten im Ausschusslokal für eine „geheime Sitzung“ zur Verfügung, und bei Stufe vier heißt es „streng geheim“. Im Parlamentsgebäude am Ring gäbe es für solche Anlässe einen eigenen Raum unter der Rampe. „Das passiert aber ganz selten“, sagt Neuhauser. Aufbewahrt werden die Akten in einem Gebäude des Parlaments am Wiener Stubenring – dort lässt die Statik die entsprechenden Tresore zu.

### Die Nadel im Heuhaufen

Für besonders gelungene, hartnäckige Befragungen bekommen die Ausschussmitglieder ihre Schlagzeilen. Doch hinter ihnen steht eine Reihe von Mitarbeitern in den jeweiligen Parlamentsklubs, die die Akten durchackern. In der SPÖ arbeiten Katrin Nesensohn und Florian Steininger den Abgeordneten rund um Kai Jan Krainer zu. „Viel lesen, Dossiers zu Auskunftspersonen anlegen, die Stecknadel im Heuhaufen suchen“, umreißt Nesensohn ihre Arbeit. Wobei die zuliefernden Stellen die

Arbeit unterschiedlich leicht machen (wollen). „Man ist schon dankbar, wenn die Akten aus einem Ministerium mit Inhaltsverzeichnis kommen, manche schicken sie auch einfach nur so, komplett ohne Anhaltspunkte“, erklärt die U-Ausschuss-Expertin. Ihr Kollege Florian Steininger sieht „unterschiedliche Kulturen: Das Justizministerium schickt seine Akten strukturiert mit niedriger Geheimhaltungsstufe. Das Innenministerium findet, dass alles geheim sein muss.“

Kommen die gleichen Akten aus verschiedenen Häusern mit unterschiedlicher Klassifizierung, gilt die weniger strenge. „Wenn man weiß, wo man suchen muss, finden sich immer die richtigen Hinweise. Aber bei manchen Ressorts hat man schon den Eindruck, es wird versucht, etwas zu verstecken.“ Etwa, indem man Tausende Seiten liefert, mit dem Hintergedanken, dass nicht alles gelesen werden kann.

Neugier und „ein Verständnis für Behördenabläufe“ seien nötig, um die Akten richtig nützen zu können, sagt Steininger. Wenn in diesen dann der Hinweis auftaucht, dass ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei einem Novomatic-Besuch über Vorgänge bei den Casinos Austria gesprochen haben könnte, kommt Freude auf. „Es ist ein bissl Detektivarbeit – ohne die bessere Staatsanwaltschaft sein zu wollen.“ Letztendlich liege es an den Abgeordneten, dieses Wissen im richtigen Moment so einzusetzen, „dass Leute, die die Akten nicht kennen, verstehen, worum es geht. Das ist die große Kunst.“

Die Schattenseiten dieses Jobs? „Fünfzig, sechzig Leute sitzen zehn, zwölf Stunden in einem Raum, die Luft ist furchtbar – das hat alle Zutaten eines Corona-Fiaskos.“ Da kann man schon einmal genervt sein. Vor allem, wenn sich Auskunftspersonen wie Finanzminister Gernot Blümel unwissend geben.

Bei Neos betreuen drei Mitarbeiter die Ausschussarbeit von Krisper und Ersatzmitglied Helmut Brandstätter. Neben den Juristen Hermann Dummer und Fari Ramic ist der Ex-Journalist Florian Peschl in die Akten vertieft. „Man hat einen gewissen Stress, weil man nicht derjenige sein will, der einen Akt nicht gefunden hat“, erklärt Dummer. Denn: „Es geht schon auch darum, dass man unter den Fraktionen vorn dabei ist.“ Da heißt es:

”

### Die Chat-Verläufe offenbaren bei Ibiza ungläubliche Banalität und Dreistigkeit“

Fari Ramic

U-Ausschuss-Experte der Neos über Fundstücke aus den Akten

„Schnell sein, effektiv sein und Intuition haben. Es geht auch darum, Dinge in der Befragung am besten zu verwerten. Dafür braucht man ein gewisses Gespür für Inszenierung.“

Wobei, räumt Ramic ein, auch Frust aufkommen kann, wenn wichtige Erkenntnisse nicht die erhoffte Aufmerksamkeit bewirken, weil sie zu komplex zu beschreiben sind. „Oft ist die beste Geschichte nicht die verwertbarste.“ Unmut kommt auch auf, „wenn man die tollsten Fragen vorbereitet und der Befragte behauptet, er kann sich an gar nichts erinnern“, ergänzt Dummer. Ein Grund, warum Neos Liveübertragungen der Ausschusssitzungen fordern: „Ich bin überzeugt, dass sich der Bundeskanzler und der Finanzminister dann im U-Ausschuss nicht so gegeben und dieses Bild von sich gezeichnet hätten“, sagt Peschl.

Was U-Ausschuss-Profis überraschen kann? „Wie banal die Korruption war. Beim Eurofighter-Ausschuss hatte man den Eindruck, die vermeintliche Korruption läuft verdeckter ab. Bei Ibiza offenbaren die Chat-Verläufe eine ungläubliche Banalität und Dreistigkeit ohne jedes Unrechtsbewusstsein“, sagt Ramic.

Jene Parteien, deren Politikern Ungemach im Ausschuss droht, neigen dazu, den Ausschuss als unsachliche Bühne der Opposition zu diskreditieren. Doch jedenfalls habe die Arbeit im Ausschuss einen Effekt, sagen die Neos-Mitarbeiter. Fari Ramic, der zuvor Peter Pilz im Eurofighter-Ausschuss unterstützt hat, meint: „Als das Innenministerium später Hubschrauber angekauft hat, ist man ganz anders vorgegangen: vorsichtiger, keine Gegengeschäfte und keine Lobbyisten.“ Und, sagt Dummer: „Die Sitzungsprotokolle werden auch von der Staatsanwaltschaft genau geprüft, da ist schon das eine oder andere ans Licht gekommen.“



Florian Steininger und Katrin Nesensohn, die SPÖ-Mitarbeiter im U-Ausschuss

”

### Wenn alle in der ersten Reihe sitzen wollen, dann stellen wir die Tische eben so auf“

Heldi Neuhauser

die Leiterin der Ausschussabteilung mit einem Schuss Pragmatismus

„Österreich“, 10.07.2020

## U-Ausschuss: Farce um die Milliardäre



**Horten und Graf schwänzen den U-Ausschuss wieder. Beide legen ärztliche Atteste vor.**

**Wien.** Sie sind schon ihrer ersten Ladung nicht nachgekommen, jetzt wollen die Milliardäre Heidi Horten und Johann Graf wieder nicht in den U-Ausschuss kommen. Beide waren für 15. bzw. 16. Juli geladen. Beide haben erneut ärztliche

Atteste für ihr Nichterscheinen vorgelegt.

Nun sollen Horten und Graf ein drittes Mal geladen werden. Schwänzen sie wieder, droht die polizeiliche Vorführung. Die SPÖ wird zudem die Verhängung einer Beugestrafe beantragen. Aus der SPÖ heißt es: „Der U-Ausschuss lässt sich nicht auf der Nase herumtanzen.“

## Nachhaltigkeits-Gütesiegel für OÖ Wohnbau

Nachhaltigkeit ist in Gesellschaft und Politik ein bestimmendes Thema – und natürlich auch für die heimischen Unternehmen. Welche besonderes Augenmerk auf eine ökologische und nachhaltige Führung legen, wird nun durch KURIER Gütesiegel „Österreichs Nachhaltige Unternehmen“ belegt.

Eines von ihnen ist OÖ Wohnbau. „Als größter gemeinnütziger Wohnbauträger Oberösterreichs verfolgen wir das Ziel, leistbaren sowie qualitativ hochwertigen Wohnraum in Oberösterreich zu schaffen. Bei der Verwendung von Baustoffen setzen wir vor allem auf Ziegel und Holz. Lehm ist ein Naturprodukt, das von den regionalen Ziegelherstellern weiterverarbeitet wird. Holz als Baustoff ist



nachhaltig und wirkt sich hervorragend auf das Raumklima aus. Wir setzen auf regionale Wertschöpfung, langfristige Partnerschaften sowie kluge Ressourcennutzung

und tragen so zu mehr Nachhaltigkeit im Wohnbau bei“, sagen Ferdinand Hochleitner und Markus Rosinger, Geschäftsführer der OÖ Wohnbau, bei der Verleihung des Gütesiegels.



Ferdinand Hochleitner und Markus Rosinger, Geschäftsführer der OÖ Wohnbau

## ADMIRAL erneut als Leitbetrieb ausgezeichnet

Österreichs Marktführer im Bereich Sportwetten und Glücksspiel wurde wiederholt als offizieller Vorzeigebetrieb der österreichischen Wirtschaft gewürdigt

Nach einem umfassenden Screening wurde ADMIRAL erneut das Zertifikat der „Leitbetriebe Austria“ verliehen. Wesentlich für die Verleihung sind die gelebte soziale und ökologische Verantwortung, der nachhaltige Unternehmenserfolg, die Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Österreich und die Bereitschaft zum Erfahrungsaustausch und zur Kooperation mit anderen Betrieben.

„Das Unternehmen lebt seine soziale Verantwortung tagtäglich in den besonders sensiblen Dienstleistungsbereichen Sportwetten und Glücksspiel. ADMIRAL investiert sehr viel Zeit und Geld, um gerade beim Spielerschutz stets am höchsten Standard zu sein“, begründete Leitbetriebe-Austria-Geschäftsführerin Monica Rintersbacher bei der Verlei-



Monika Racek, Paul Kozelsky und Monica Rintersbacher

hung im ADMIRAL-Headquarter in Wiener Neudorf. „Die erneute Zertifizierung als österreichischer Leitbe-

trieb zeigt, dass ADMIRAL mit rund 1.500 Mitarbeitern und über 250 Filialen ein wichtiger Baustein in der ös-

terreichischen Unternehmenslandschaft ist“, freut sich Paul Kozelsky, Geschäftsführer ADMIRAL Sportwetten GmbH, über die Auszeichnung.

### Vorreiterrolle

„Besonders freut mich, dass unsere Anstrengungen und Erfolge im Bereich des Spielerschutzes gewürdigt wurden. Eine bedeutende Rolle spielt zudem auch ein breites Unterhaltungsangebot für unsere Gäste, welches uns vom Wettbewerb unterscheidet. Nur so können wir Marktführer bleiben. Tatsächlich gehören wir im Bereich des Spielerschutzes zu den weltweiten Vorreitern der Branche“, erläutert Monika Racek, Vorstandsvorsitzende der ADMIRAL Casinos & Entertainment AG.

[www.admiral.at](http://www.admiral.at)

„NÖN“, 08.07.2020

## POLITIK IN KÜRZE

---

# 14.000 Euro für Mock-Institut

Nach den Vorwürfen im Ibiza-U-Ausschuss zu Zahlungen von Novomatic an das Alois Mock Institut, dessen Präsident der Ausschuss-Vorsitzende Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ist, präsentierte Obmann Christian Rädler eine detaillierte Leistungsaufstellung. Demnach ist der Glücksspielkonzern einer von 25 Partnern und hat seit 2017 um 14.000 Euro im Mock-Report inseriert. Dass das Institut „strukturell und finanziell unabhängig von Parteien“ sei, bestätigte das Gutachten eines

Anwalts. Die Gesinnung sei bürgerlich. „Daraus machen wir kein Geheimnis“, so Rädler. Er bezeichnete es als „schade, dass wir durch eine leidige parteipolitische Debatte in die Tagespolitik hineingezogen wurden“. Als Einnahmequellen bezeichnete Rädler, der dem Verein seit Oktober 2015 vorsteht, die Beiträge der mehr als 350 Mitglieder, Inserate und Kooperationen würden den überwiegenden Teil ausmachen. Gegen weitere Falschmeldungen wolle Rädler „auch vorgehen“.

# Ein Gütesiegel für „gesunde“ Arbeitsplätze

**Auszeichnung** | Elf Unternehmen aus dem Bezirk Mödling haben die notwendigen Kriterien erfüllt.

**WIENER NEUDORF** | Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) betreut seit 17 Jahren niederösterreichische Unternehmen mit maßgeschneiderten Konzepten zur „Betrieblichen Gesundheitsförderung“ (BGF). Unter anderem gibt es auch spezielle Module für Führungskräfte. Ziel aller Prozesse und Strukturen ist, diese dauerhaft in den Unternehmen zu verankern, damit sich nachhaltiger Erfolg einstellt.

Wer die Kriterien des österreichischen Netzwerks für BGF erfüllt, kann ein Gütesiegel beantragen.

11 Betriebe aus dem Bezirk Mödling haben erstmals ihr Gütesiegel erhalten – Admiral, Wiener Neudorf, Gabriel-Chemie, Gumpoldskirchen, Tierärztliche Ordination Astrid Nagl & Team, Laxenburg, Exide Technologies, Brunn am Gebirge, pro electric Elektrotechnik, Breitenfurt, Grünzweig Automobil, Wiener Neudorf – oder konnten es erneuern: Autodienst Gerald Seper, Wiener Neudorf, Novomatic AG, Gumpoldskirchen, Raiffeisen Regionalbank Mödling, Mödling (3. Wiederverleihung), Sulzer Austria, Wiener Neudorf, REWE International AG, Wiener Neudorf (2. Wiederverleihung).



Erstmals für Gesundheitsförderung ausgezeichnet: Beate Anglmayer von der Gesundheitskasse mit Philipp Grünzweig (l.) und Andreas Grünzweig vom gleichnamigen Autohaus in Wiener Neudorf.

*Foto: Grünzweig*